

---

## Diskussion

zu dem Referat von Ernst Schwanhold

„Wie schaffen wir die ökologische Stoff Wirtschaft?“\*

---

Seppel Kraus (IG Chemie - Papier - Keramik): Herr Schwanhold, Sie haben darauf hingewiesen, daß die Gesellschaft nur noch dann bereit ist, die Risiken industrieller Produktion zu tragen, wenn ein gesellschaftlicher Diskurs vorausgegangen ist. Ich würde dazu gerne etwas Genaueres hören. Das Beispiel, das Sie genannt haben, läßt ja auch

---

\* Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge nach einem Bandmitschnitt des Werkstattgesprächs „Mehr Wert durch ökologisches Umsteuern?“ am 7. Juli 1994 in Düsseldorf.

andere Schlußfolgerungen zu. Wenn wir einen Trend zu natürlichen Stoffen, z. B. Baumwolle haben, dann ist dem, nach meinem Eindruck, durchaus ein gesellschaftlicher Diskurs vorausgegangen. Das Ergebnis allerdings, der intensive Pestizideinsatz auf den Baumwollfeldern, weist in eine andere Richtung.

Meine zweite Frage gilt den indirekten Akteuren, zu denen ja auch die Gewerkschaften zählen. Ihnen haben Sie im wesentlichen die Aufgabe der Informationsvermittlung zugewiesen und erst zum Schluß erwähnt, daß es dabei eigentlich um eine ganz andere Aufgabe geht, nämlich darum, das Leben anders zu gestalten. Was bedeutet das für die Gewerkschaften?

Ernst Schwanhold: Ich will zum ersten Punkt mit dem Beispiel „PVC“ antworten, weil es dabei sozusagen ans Mark geht. Und da ich aus der chemischen Industrie komme und Mitglied der IG Chemie bin, erlaube ich mir einfach, dieses Beispiel zu wählen. Die Naturevolution vermeidet weitestgehend den Einbau von Chlor in organische Verbindungen. Und wenn er doch benutzt wird, dann nur in Verbindung mit Abbauebenen, die die Natur entwickelt hat. Unsere chemische Industrie hingegen ist weitgehend unter Nachhaltigkeitsaspekten aufgebaut: Weil Chlor fast unbegrenzt vorhanden ist, wird es in viele Produkte eingebaut, eins davon ist PVC.

In der Enquete-Kommission prallten die Meinungen hierzu am Anfang entschieden aufeinander. Die einen haben langfristig den vollständigen Ausstieg aus der Chlorchemie gefordert, die anderen den kurzfristigen Ausstieg, und die dritten wollten unbegrenzt so weitermachen wie bisher, weil die Chlorchemie gar kein ökologisches Problem sei. Der Diskussionsprozeß ist dann so verlaufen, daß wir uns jedes einzelne Produkt angeschaut haben, von den diversen PVC-Fenstern bis zu Fußbodenbelägen aller Art. Wir haben uns kundig gemacht, welche Risiken bei der Produktion und der Verwertung bei den jeweiligen Produkten entstehen. Und siehe da, wir sind zu Ergebnissen gekommen, die relativ dicht beieinander liegen. Erstens: PVC ist als Produkt heute relativ „sauber“. Zweitens: PVC-Produkte sind unter Nachhaltigkeitsaspekten dort, wo Recyclingwege aufbaubar sind, gut akzeptabel, etwa bei Fenstern und Rohren. Da, wo Recyclingwege nicht zu organisieren sind, sollte der Ausstieg aus der PVC-Produktion vorgenommen werden. Das kann andere technische Lösungen zur Folge haben, zum Beispiel im Bereich Verpackung, es kann auch andere Verbundstoffe hervorbringen, etwa im Falle von PVC-Möbelumleüneren, deren Bestandteile trennbar und dadurch wiederverwertbar werden. Im Vordergrund steht der Prozeß der Prüfung der Stoffe und ihre Bewertung unter Nachhaltigkeitsaspekten: Welche Risiken stecken darin, und welches Risiko erscheint unter ökologischen, sozialen und ökonomischen Aspekten - auch für die chemische Industrie - tragbar. Das setzt eine gründliche Auseinandersetzung voraus und die Bereitschaft, offener aufeinander zuzugehen. In der Kommission ist dies geschehen. Wir haben dafür zu sorgen, daß diese Diskussion jetzt verbreitert wird. Das meine ich mit Industrieakzeptanz.

Zur zweiten Frage: Ich habe bei den indirekten Akteuren auch die Gewerkschaften genannt. Im ökonomischen Bereich haben natürlich der Handel, die Banken und Versicherungen viel mehr Gestaltungsmacht, aber hinsichtlich der Veränderungen der Lebensgewohnheiten und Lebensverhältnisse sind die Verbände, auch die Gewerkschaften, sehr wichtig.

Lassen Sie mich eine letzte Bemerkung dazu machen: Ich weiß, was ich Arbeitnehmervertretern abverlange, wenn eine Diskussion geführt wird, die möglicherweise den Verlust des eigenen Arbeitsplatzes zur Folge hat. Nur: Die Schlußfolgerung, daß sich etwas ändern muß, in jedermanns Nahbereich aber alles so bleibt wie bisher, ist nicht zukunftsfähig.

Joachim H. Spangenberg (Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie): Ich habe zwei Fragen. Die erste betrifft das Zusammenspiel der Akteure, über das Herr Schwanhold gesprochen hat, insbesondere die Spielregeln. Eine ganz bescheidene Erfahrung mit solchen Spielregeln ist, daß sie zunächst immer von fast allen anerkannt werden. Wenn dann aber ausgerechnet wird, was die Spielregeln den einzelnen kosten, was sie an Reduzierungsnotwendigkeit bedeuten, will keiner mehr mitspielen. Deswegen die Frage: Was bedeuten Ihre Erkenntnisse konkret an Reduzierung von Energie- und Materialverbrauch für das Jahr 2010 oder 2030? Unsere Schätzungen liegen in der Größenordnung zwischen 80 und 90 Prozent Reduzierung. Damit komme ich zur zweiten Frage: Abstrakte Erkenntnisse tragen nicht mehr weiter, wenn Interessen berührt sind. In Ihrem Vortrag kamen konkrete Interessen so gut wie nicht vor, dagegen sehr oft das Wort Konsens. Deshalb meine Frage: Wo ist die Grenze des Konsenses? Es wird Gewinner und Verlierer geben, und es wird nicht immer einen breiten Konsens geben können. Wer in dieser Situation Stillstand mit gezielten Maßnahmen verhindern will, muß bereit sein, die Gewinner zu fördern und die Verlierer auf die andere Seite zu ziehen.

Ursula Engelen-Kefer (Stellvertretende Vorsitzende des DGB): Ich habe auch eine ganz konkrete Frage, Herr Schwanhold. Sie haben von der Entlastung des Faktors Arbeit gesprochen. Ich würde ganz gerne, was Sie konkret darunter verstehen. Sie haben gesagt, dies solle aufkommensneutral geschehen, aber nicht wirkungsneutral. Das ist sicherlich eine der Schlüsselfragen für uns.

Ernst Schwanhold: Herr Spangenberg hat danach gefragt, um welchen Faktor sich der Energie- und Materialverbrauch reduzieren läßt. In der wissenschaftlichen Literatur gibt es ja entsprechende Forderungen, und auch der Club of Rome beschäftigt sich zur Zeit mit solchen Diskussionen. Ich halte Konzepte, die davon ausgehen, daß sich alles rasenmähergleich um einen bestimmten Faktor reduzieren läßt, für politisch töricht. Das führt nur ins Abseits und ist auch technisch nicht vertretbar. Wir müssen uns dem Problem von einer anderen Seite nähern: Ist es eigentlich immer notwendig, Materie gewordene Produktion zur Befriedigung von Bedürfnissen so fortzuschreiben, wie wir das bisher getan haben, oder finden wir andere Formen zur Befriedigung unserer Bedürfnisse? Um ein Beispiel für das zu nennen, was ich meine: Wir haben in der Bundesrepublik an 280 Tagen im Jahr eine Temperatur, die keine zusätzliche Kühlung von Lebensmitteln notwendig macht. Aber es ist einfach nicht vorgesehen, daß diese Kühlleistung in einem Bereich unserer Wohnungen stattfindet, der so gut isoliert ist, daß dort Lebensmittel aufbewahrt werden könnten. Es geht um nichts anderes als um eine Weiterentwicklung der alten Speisekammer. Darüber mag man lächeln, aber diese simple Maßnahme würde dafür sorgen, daß an 280 Tagen die entsprechende Energie eingespart wird, daß man auf ganz bestimmte Produktionswege mit einem außerordentlich hohen Energie- und Materialeinsatz verzichten kann. Wenn man von dieser Seite an das Problem herangeht, ergeben sich ganz andere Einsparungen, als wenn man sich zu sehr auf die Materialströme konzentriert.

Dennoch ist der Hinweis richtig, daß 20 Prozent der Weltbevölkerung 70 bis 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen. Von einer Vorbildfunktion ist da nichts wahrzunehmen. Schauen Sie sich beispielsweise unsere Textilien an, werfen Sie einmal einen Blick in Ihren eigenen Kleiderschrank oder den Ihrer Kinder: Da hängt dann eben das T-Shirt für das Einmaltragen aus Baumwolle, obwohl wir den Zusammenhang zwischen dem, was dafür an Fläche zerstört, an Material benötigt, an Energie eingesetzt wird, um das Teil hierher zu bringen, und den Abfallbergen, die schließlich produziert werden, kennen. Es macht allerdings keinen Sinn, an diese Aufgabe so resignativ heranzugehen, wie Herr Spangenberg es in der Frage formuliert hat. Man muß sich eben ganz konkrete Fälle vornehmen, langsam umlenken und den Zeitraum definieren, der zum

Umlenken nötig ist. Dabei wird es dann natürlich auch Gewinner und Verlierer geben, aber die kenne ich erst, wenn die Bereiche genau identifiziert sind und wenn entschieden ist, welche ökonomischen Instrumente zum Umsteuern verwendet werden sollen, dabei handelt es sich ja nicht nur um Bestrafungssysteme, sondern es gibt auch positive Anreize wie Steuervorteile. Ich könnte mir vorstellen, daß wir eine ökologische Steuerreform initiieren.

Bei der Entlastung des Faktors Arbeit, nach der Frau Engelen-Kef er gefragt hat, denke ich in erster Linie an die sozialen Kosten. Wir werden aber langfristig die Anbindung der Kosten der drei sozialen Netze Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung, Rentenversicherung an die Lohnsumme nicht aufrecht erhalten können. Ob ökologische Steuern als Kompensationsmittel geeignet sind, wage ich zu bezweifeln. Wenn ökologische Steuern einen Sinn machen sollen, unterliegen sie von Anfang an einer Zieldefinition, und wenn dieses Ziel erreicht worden ist, dann müßten sie eigentlich abgeschafft werden. Mit Umsteuern in diesem Bereich alleine ist es also nicht getan. Statt dessen sollten wir lieber über die klassische Mehrwertsteuer nachdenken, um den sozialen Bereich zu finanzieren.

Andreas Troge (Umweltbundesamt): Ich weiß nicht, ob wir alles, was wir lösen wollen, vorbehaltlos dem Staat zumessen sollten. Der Staat ist ja nicht interessenlos. Ich habe ein bißchen Angst, daß die Umweltabgaben, die ökologische Steuerreform, die von Umweltpolitikern erfunden wurden, jetzt von Fiskalisten weiterbetrieben werden. Und das ist auch eine institutionelle Frage: Kann ein Parlament den Bürgerinnen und Bürgern und der Wirtschaft überhaupt eine derart langfristige Planungssicherheit geben, daß sie wirklich darauf vertrauen können, daß sich an der großen Linie nichts ändert?

Ralf Antes (Institut für Ökologie und Unternehmensführung): Von der globalen zur individuellen Ebene: Wenn man davon ausgeht, daß Vorsorge und Nachhaltigkeit Verhaltensänderungen, Änderungen der Lebensgewohnheiten brauchen und man sich dann vor Augen hält, daß die Bereitschaft, sich umweltverträglich zu verhalten, Wissen voraussetzt, dann stellt sich die Frage, wieviel Wissen man dazu braucht. Herr Schwanhold, Sie haben gesagt, daß es nicht erforderlich sei, über alle Einzelpunkte des Stoffstromes wissenschaftlich exakte Information zu haben. Das ist meines Erachtens ein zentraler Punkt. Wo würden Sie denn die Grenze ziehen?

Henning Friege (Umweltdezernent der Stadt Düsseldorf; Mitglied der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“): Wir haben in der Enquete-Kommission immer wieder auch über Arbeitsplätze gesprochen. Ich will auf zwei Felder hinweisen, auf denen es bereits heute Umsteuerungsmöglichkeiten gibt, und zwar bei den Unternehmen—die sind primär gefordert, nicht der Staat. Da ist zunächst die Mobilität: Die Materialintensität unseres heutigen Mobilitätsverhaltens ist viel zu hoch. Sie übertrifft den Energieverbrauch bei weitem. Unter dem Gesichtspunkt der Zukunftssicherung der deutschen Fahrzeugbauindustrie - und Fahrzeugbau ist mehr als Automobilbau - gibt es nur die Chance, Fahrzeuge zu bauen, die deutlich weniger verbrauchen als heute, beim Individualfahrzeug maximal drei Liter. Wenn die deutsche Automobilindustrie das nicht begreift, sondern das „rollende Wohnzimmer“ die Leitidee bleibt, dann läuft das Ganze in zehn Jahren gegen die Wand. Zweites Beispiel: Textilindustrie. Ich glaube, daß es hier große Chancen gibt, wenn der Handel mitzieht. Wenn man für umweltverträgliche Textilien Zertifikate einführen würde, dann gäbe es die Chance in der Textilindustrie in Deutschland wesentlich mehr Arbeitsplätze zu sichern als bisher, notfalls auch unter Einbeziehung von Handelsbeschränkungen dort, wo sich andere ökologisch unvernünftig verhalten.

Frank Schmidt (Gewerkschaft Holz und Kunststoff): Herr Schwanhold, Sie setzen mir zu sehr auf fiskalische Instrumente, auf Öko-Steuern und auf Konsensbildung. Brauchen

wir nicht auch eine stärker aktive staatliche Forschungsförderung, die auf eine Ökologisierung der Produktion zielt? Reicht es aus, sich in der Frage, ob bestimmte Produkte überhaupt auf den Markt kommen, auf die Industrie zu verlassen? Entscheidet die Industrie nicht oft unter ganz anderen Kriterien als dem des Umweltschutzes?

Angelika Horster (Bund für Umwelt und Naturschutz): Auf die Gefahr hin, einen Graben aufzumachen: Als Sie sagten, es gehe nicht um den Ausstieg aus der Industriegesellschaft, tauchte bei mir ein Fragezeichen auf. Ich meine, man muß da ein bißchen ehrlicher sein. Gerade die hochtechnisierte Industrie verbraucht pro Arbeitsplatz am meisten Material, am meisten Energie und Stoffe, siehe die Automobilindustrie. Sollten wir deshalb nicht ganz ehrlich sein und sagen, daß wir das auf die Dauer nicht aufrechterhalten können?

Karola Taschner (Europäisches Umweltbüro): Ich möchte an die Frage von Herrn Fliege in bezug auf die Prozeßstandards anschließen, die wir den anderen Ländern auferlegen. Ich bin in der letzten Woche auf einer UNCTAD-Konferenz gewesen, wo gerade die deutschen Kriterien für Textilien scharf angegriffen wurden. Die Bundesrepublik stand im Grunde genommen am Pranger: Warum kümmert sich Deutschland um die Pesrizidnutzung bei uns? Die Industrieländer, so lautet der zentrale Vorwurf, entdecken eine neue Wirtschaftsweise nur mit dem Ziel, uns aus ihren Märkten auszugrenzen.

Gunter Zimmermeyer (Verband der Automobilindustrie): Ich bin offensichtlich gerade noch rechtzeitig gekommen, um die schallende Ohrfeige von Herrn Fliege für die Automobilindustrie entgegenzunehmen. Ich finde es schade, Herr Fliege, daß Sie offenbar in erster Linie versuchen, Personen ins Abseits zu stellen, und nicht hart an der Sache diskutieren. Die Sache ist von Ihnen nämlich falsch dargestellt worden: Im ersten Jahresbericht, den ich für den Verband der Automobilindustrie vor eineinhalb Jahren geschrieben habe, ist „größer und schneller“ durch „sicherer, umweltfreundlicher, sparsamer“ ersetzt worden. Das ist nicht eine leere Formel, sondern das ist tatsächlich so. Wenn Sie sich die Verkaufsziffern anschauen, werden Sie merken, daß die PS-Zahlen deutlich zurückgegangen sind. Im übrigen ist es so, daß wir natürlich Autos für die Kunden bauen und Autos verkaufen müssen. Wir müssen letztendlich also das tun, was die Kunden wollen. Die Automobilindustrie bietet durchaus Fahrzeuge an, die weniger als fünf Liter auf hundert Kilometern verbrauchen. Diese werden vielleicht nicht in dem Maße akzeptiert, wie Sie sich das offensichtlich vorstellen.

Georges Fülgraff (Technische Universität Berlin; Mitglied der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“): Man findet unter denen, die sich schon einmal mit Fragen von Ökologie und ihrem Zusammenhang mit ökonomischer Entwicklung und sozialer Sicherheit beschäftigt haben, viel Übereinstimmung in der Analyse der Umweltprobleme, bei Grundsätzen, denen in Zukunft gefolgt werden muß, zum Teil sogar noch bei der Operationalisierung dieser Grundsätze. Dieser Konsens endet abrupt, wenn es um die Handlungsebene geht. Und zwar, weil bei Akteuren immer zwei unvereinbare Motive vorherrschen, nämlich erstens: „Es muß sich aus ökologischen Gründen etwas ändern. Wir müssen umsteuern“. Dabei gibt es dann auch Gewinner, denn Ökologie schafft ja Arbeitsplätze. Und zweitens: „Es darf sich auf keinen Fall etwas ändern“ - denn es gibt eben auch Verlierer, weil Ökologie auch Arbeitsplätze vernichtet. Diese beiden unvereinbaren Handlungsmaximen führen dazu, daß, sobald man auf die Handlungsebene kommt, der Konsens zusammenbricht. Deswegen hat die Enquete-Kommission übrigens auch überhaupt keine Handlungsempfehlungen gegeben, jedenfalls nicht in den großen Bereichen, wo es zum Beispiel um die Frage geht, wie Umweltnutzung in die Preise integriert werden kann.

Damit komme ich zum Begriff der „nachhaltig zukunftsverträglich Entwicklung“. Mich macht mißtrauisch, daß sich Politik und Wirtschaft unisono auf diesen Grundsatz

haben verständigen können. Wenn der DGB diesen Grundsatz in sein neues Programm aufnehmen will, muß er ihn mit der Handlungsebene verknüpfen. Wenn es nicht gelingt, das Ziel einer nachhaltig zukunftssträchtigen Entwicklung innerhalb ganz kurzer Zeit handlungsfähig zu machen, zu operationalisieren, müßten die Gewerkschaften diesen Begriff schleunigst wieder aufgeben. Es führt nämlich zur Lähmung der eigenen Handlungsfähigkeit, wenn man zu lange hinter einer imaginären Fahne herläuft.

Herr Troge hat das Mißtrauen angesprochen gegenüber einem Umbau des Steuersystems, die Gefahr des Mißbrauchs von Öko-Steuern zu fiskalischen Zwecken. Das kann man, nur sollte man sich darüber im klaren sein, wie jung das Instrument ist, Steuern auf Einkommen zu erheben, und welche Unsicherheiten es auch bei seiner Einführung gab. Daß überhaupt Steuern auf Einkommen erhoben werden, war zunächst ebenfalls eine zum Teil absurde Idee, man hätte auch Grundbesitz als Erhebungsgrundlage nehmen können oder Kapital oder produzierten Mehrwert. Bei der Einführung von Öko-Steuern geht es in der Anfangsphase zudem erst einmal darum, eine Infrastruktur aufzubauen, um diese Steuer überhaupt erheben zu können, und nicht bereits um wirklich steuernde Sätze. Man kann nur ganz klein anfangen.

Ich möchte noch auf einen dritten Punkt eingehen: Wir haben ja nicht nur das Ordnungsrecht und die Möglichkeit der Steuerung über Anreize - positiver oder negativer Art, sondern wir haben noch eine dritte Säule, das pro-aktive Handeln, das Handeln der Akteure selbst in Vorausschau möglicher Probleme, die mit der Verwendung bestimmter Produkte, mit dem Produkt selbst verbunden sind. Hier könnte eine ganz wichtige Rolle der Gewerkschaften in den Betrieben hegen. Sie könnten Anstöße für ein frühzeitiges pro-aktives Handeln der Unternehmen geben und damit einen Beitrag zur langfristigen Sicherung von Arbeitsplätzen leisten.

Luise Seelhof (Bund für Umwelt und Naturschutz): Die menschliche Arbeitskraft wird zunehmend durch den Einsatz von immer komplexeren Maschinen und Computern zurückgedrängt. Und von daher stellt sich wirklich die Frage, ob die Einkommenssteuer, die Besteuerung menschlicher Arbeitskraft, heute noch der richtige Ansatzpunkt ist. Müssen wir statt dessen nicht an eine Ressourcenbesteuerung denken, an eine Belastung des Verbrauchs von Ressourcen? Und wenn dies dann dazu führt, daß Öko-Bilanzen erstellt werden, haben wir vielleicht auch die reelle Chance, solche Produkte auf den Markt zu bringen, die unsere Umwelt etwas entlasten.

Andreas Troge: Wir könnten den Einstieg in die ökologische Steuerreform wesentlich einfacher haben, wenn wir sie nicht sozusagen draufzusatteln versuchten. Wir brauchen zum Beispiel im Bereich der Abgaben, bei den Gebühren für staatliche Leistungen mehr Äquivalenz zwischen Staatsleistung und Staatseinnahmen. Ich denke aber auch an die erheblichen Subventionen zugunsten des Naturverbrauchs und der Umweltbelastung, etwa im Energiebereich und in der Landwirtschaft, die in absehbarer Zeit vermindert werden müssen.

Bernd Schutt (Industriegewerkschaft Bau - Steine - Erden): Unser Steuersystem verbindet zwei Dinge miteinander: die Vertreibung von Menschen aus der Arbeit und so etwas wie ökologische Vernutzung. Beides ist nicht hinnehmbar, und deshalb brauchen wir heute schlichtweg ein anderes Bezugssystem. Herr Schwanhold hat bereits darauf hingewiesen, daß man für eine ökologische Steuerreform einen gesellschaftlichen Konsens braucht. Und wenn man Konsens haben will, steht die Frage der Information im Mittelpunkt. Das ist ein für die Gewerkschaften ganz entscheidender Punkt, weil Arbeitnehmer aus allen Informationsprozessen, zumindest was die Produktion direkt betrifft, systematisch ausgeblendet sind. Deshalb frage ich mich, wie auf dieser Grundlage ein gesellschaftlich notwendiger Konsens funktionieren soll. Daß dies nicht geht,

zeigen die Akzeptanzprobleme, die Herr Schwanhold erwähnt hat und die gerade deswegen entstanden sind, weil Arbeitnehmer und Gewerkschaften systematisch außen vor geblieben sind.

Adolph von Röpenack (Bundesverband der Deutschen Industrie; Mitglied der Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“): Das Thema Öko-Steuer steht auf der Tagesordnung. Man kann dazu stehen wie man will, es ist wert diskutiert zu werden. Aber man sollte sich dabei immer vergewissern, daß sich das bisherige Steuersystem bewährt hat. Vielleicht ist es nicht in jeder Hinsicht optimal, aber etwas grundsätzlich Neues auf die Beine zu stellen, birgt natürlich enorme Risiken. Wenn ich etwa in dem Gutachten des DIW im Hinblick auf die Chemieindustrie lese, daß es bei der Einführung von Öko-Steuern Verlierer gibt, die dann auf die Regionalpolitik abgeschoben werden, glaube ich, daß das nicht geht. Auf Nordrhein-Westfalen bezogen würde das etwa bedeuten, daß die Stahlindustrie, die Zinkindustrie, die Aluminiumindustrie zusätzlich mit Mitteln der Regionalpolitik vom Staat subventioniert werden müßten. Man muß sich also über die Frage der Verlierer sehr sorgfältig unterhalten. Es gibt neben der Öko-Steuer auch andere Mittel, mit denen wir in unserer Gesellschaft weiterkommen können, zum Beispiel freiwillige Maßnahmen, wie sie etwa mit der EU-Verordnung zum Öko-Audit, zum Umweltmanagement, eingeleitet worden sind. Das Umweltmanagement könnte durchaus geeignet sein, den Wertewandel, den wir auch in der Industrie brauchen, voranzutreiben, weil hier die Kooperation zwischen dem Management und den Mitarbeitern im Betrieb im Vordergrund steht.

Eberhard Schmidt (Universität Bremen): Es waren doch gerade die Arbeitgeber auf europäischer Ebene, die verhindert haben, daß in der EU-Verordnung zum Öko-Audit eine Mitwirkung von Gewerkschaft oder betrieblicher Interessenvertretung festgeschrieben wurde. Im Gegenteil: Man hat sich auf den völlig unverbindlichen Begriff „Mitarbeiter“ geeinigt, um ein verbindliches Recht auf Mitwirkungsmöglichkeiten zu verhindern. Wenn es um echte Mitwirkung beim Stoff Strommanagement gehen soll, muß sichergestellt sein, daß auch die entsprechenden Informationen und Beratungsstrukturen zur Verfügung gestellt werden. Es reicht nicht, daß man die betriebliche Interessenvertretung allenfalls dann freiwillig mitwirken läßt, wenn die Unternehmensleitung das will. Hier muß die Arbeitgeberseite ihre Haltung ändern. Ich kann nicht von Konsens reden, ohne die Strukturen zu ändern.

Karin Benz-Overhage (Mitglied des Geschäftsführenden Vorstandes der Industriegewerkschaft Metall): Bei der Durchsetzung der ökologischen Stoffwirtschaft handelt es sich um ein sehr starkes Konfliktfeld. Alle Erfahrungen zeigen, daß sich Konflikte nicht alleine durch Einsicht und Konsensprinzipien lösen lassen, sondern nur dann, wenn Regularien für die Konfliktaustragung zur Verfügung stehen. Und genau hieran fehlt es. Eberhard Schmidt hat bereits ein Beispiel genannt, wo das verhindert worden ist, und das trifft genauso auf das Betriebsverfassungsgesetz zu, bei dem es bisher nicht gelungen ist, entsprechende Regularien einzubauen. Damit will ich nicht ausdrücken, daß auf der vorhandenen Grundlage nicht auch ein entschiedeneres umweltbezogenes Handeln der Gewerkschaften in den Betrieben möglich wäre. Der Hinweis, daß die Gewerkschaften hier sowohl ihre Kompetenz wie ihre Ressourcen erweitern müssen, trifft sicher zu, aber gleichzeitig muß man sehen, daß es an Mechanismen zur Konfliktaustragung mangelt. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Enquete-Kommission an dieser Problematik ganz vorbeigegangen ist.

Michael Hustedt (Bündnis 90/Die Grünen): Ich möchte an den Vertreter des BDI anknüpfen, der einen Schlüsselsatz dafür gesagt hat, daß es diese große Schere zwischen Reden und Handeln gibt. Er hat gesagt: „Etwas Neues auf die Beine zu stellen, birgt immer große Risiken.“ Darin steckt die Angst, daß durchgreifende Veränderungen negative Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung haben könnten,

was zu Arbeitsplatzverlusten führt, und daß es deshalb besser sei, alles so zu lassen, wie es jetzt ist, oder es nur sehr, sehr langsam zu verändern. Wenn es so läuft, bekommen wir ein Zeitproblem, weil die ökologische Vernutzung weitergeht und wir der ökologischen Katastrophe jeden Tag ein Stückchen näher rücken. Wenn wir nichts ändern, wird nichts bleiben wie es ist. Wir können den Status quo nicht festhalten oder ihn nur vorsichtig verändern. Wir müssen Tempo zulegen. Ich glaube, daß der Aufbruch eines hochentwickelten Industrielandes zu ökologischer Innovation sogar große Chancen in sich birgt. Ich verdeutliche das an einem Beispiel, wo die Konzepte am weitesten entwickelt sind, im Energiebereich: Es wird dort Verlierer geben, zum Beispiel die Atomenergie. Dort werden Arbeitsplätze verlorengehen, das ist völlig klar. Aber unter dem Strich wird es Arbeitsplatzgewinne geben, weil die kapitalintensive Struktur der Energieerzeugung sich in eine arbeitsintensive Struktur wandeln müßte, weil statt der Großkraftwerke dezentrale Strukturen entstehen würden, und weil im Bereich der Beratungstätigkeit, aber auch durch den Einbau von Wärmeschutzmaßnahmen Arbeitsplätze entstehen würden.

Ein zweites Beispiel ist die Solarenergie. Amerika und Japan sind im Augenblick dabei, systematisch den Solarenergiemarkt der Welt zu erforschen. Es ist überhaupt nicht einsehbar, warum wir jetzt nicht alle Ampeln auf Grün stellen und sämtliche Hemmnisse für die Entwicklung der Solarenergie in Deutschland beiseite räumen; es handelt sich um einen riesigen Markt der Zukunft.

Ein letztes negatives Beispiel: PVC. Die PVC-Industrie hat 1992 tiefrote Zahlen geschrieben. PVC wird zunehmend, auch weil die Kauf Interessen sich verändern, weil die Leute skeptischer geworden sind, nicht mehr so abgenommen, und das wird sich in Zukunft nicht ändern. Die Leute wissen zuviel über PVC. Wenn man in einer Marktwirtschaft erfolgreich sein will, muß man sich darauf doch einstellen und nicht bedingungslos an einem bestimmten Produkt festhalten.

Lutz Mez (Freie Universität Berlin, Forschungsstelle für Umweltpolitik): Die Frage nach den Rahmenbedingungen und Instrumenten einer ökologischen Steuerreform klingt zwar umfassend, ist es aber nicht, weil man weder mit der Rahmgestaltung noch mit den Instrumenten die Problematik der Einführung einer ökologischen Stoffwirtschaft überhaupt erfassen kann. Was fehlt, ist die Einbeziehung der politischen Kultur: Selbst wenn es den ökologischen Imperativ nicht geben würde, der die ökologische Stoffwirtschaft zwingend notwendig macht, ließe sich schon aus der Kritik des Steuersystems, aus dem ökologischen Desaster, das durch die Steuerungseffekte dieses Systems verursacht wird, die Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels ableiten: Wir müssen wegkommen vom Besteuern des Faktors Arbeit und hinkommen zur Besteuerung des Faktors Natur und Ressourceneinsatz. Das ist auch eine Aufgabe der Gewerkschaften, deren Programme entsprechend umgeschrieben werden müssen.

Nun gibt es ja etliche Bedenkensträger in unseren Reihen, wie ich gehört habe. Aber erstens braucht man den tiefen Teller nicht noch einmal zu erfinden. In Dänemark ist im vorigen Jahr eine ökologische Steuerreform durchgeführt worden, vor der sich vieles lernen ließe. Und zweitens böte eine solche Reform die Chance, daß Rationalisierung anders abläuft als in den vergangenen hundert Jahren, daß nicht immer nur Arbeitsplätze eingespart werden, sondern statt dessen beispielsweise Energie.

Horst Heuter (DGB-Bundesvorstand, Abteilung Struktur-, Technologie und Umweltpolitik): Man muß noch einmal darauf hinweisen, daß sich die Gewerkschaften in der umwertpolitischen Debatte stärker als jede andere gesellschaftliche Gruppe damit auseinandersetzen müssen, neben der ökologischen auch die soziale Komponente zu berücksichtigen. Allerdings haben Umwelt- und Sozialpolitik erst einmal nichts miteinander zu tun. Auch der Begriff des Sustainable Development von der Brundtland-Kom-



mission in den siebziger Jahren entwickelt, kannte die soziale Komponente zunächst nicht. Man kann sich theoretisch auch ein nachhaltiges Wirtschaften vorstellen, das nicht sozial ist. Und so sehr es richtig ist, die soziale Marktwirtschaft zu einer ökosozialen Marktwirtschaft weiterzuentwickeln, muß man doch darauf hinweisen, daß dieser Versuch manchmal zu weit geht. Konkretes Beispiel: die ökologische Steuerreform, noch konkreter: die Einführung einer Energieabgabe. Der DGB fordert die Einführung einer EU-weiten Energieabgabe auf alle nicht regenerativen Primär-Energieträger. Sollen wir das mit dem Prinzip der Aufkommensneutralität verknüpfen, wie viele meinen, sollen wir wirklich die Energieabgabe durch eine Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen kompensieren? Ich persönlich habe damit Probleme. Das Sozialversicherungssystem hat mit ökologischen Erfordernissen überhaupt nichts zu tun, warum sollte man das miteinander verknüpfen?

Michaele Schreyer (Bündnis 90/Die Grünen; Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin): Ich möchte dem widersprechen, weil es in einer Demokratie nur sehr kurze Zeit durchzuhalten wäre, nachhaltiges Wirtschaften mit unsozialen Folgen zu verbinden. Nachhaltiges Wirtschaften muß alle drei Aspekte, ökonomische, ökologische und soziale, berücksichtigen. Das heißt allerdings nicht, daß man nur Instrumente anwenden darf, die sozusagen alle drei Zielsetzungen gleichzeitig verfolgen. Hinsichtlich der Einführung ökologischer Abgaben bedeutet das, daß der Konsens, der hierzu notwendig ist, nicht darauf aufbauen kann, daß diese Steuer vielleicht zusätzliche Arbeitsplätze schaffen könnte, sondern daß es ein Instrument ist, um die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren. Und es reicht auch nicht, wenn der Staat über ökologische Abgaben zusätzliche fiskalische Mittel bekommt. Es ist vielmehr erforderlich, Struktureffekte zu erzielen. Der Energiebereich spielt dabei eine Schlüsselrolle, und eine Energiesteuer wäre ein wichtiges Signal dafür, daß eine Verringerung des Energieverbrauchs notwendig ist. In einem anderen Bereich, der für Strukturwandel dringend notwendig ist, der ökologischen Stoffwirtschaft, steht die Diskussion über die erforderlichen Instrumente dagegen erst am Anfang. In jedem Fall wird der Strukturwandel eine Abkehr von dem bisherigen Fortschrittsmaß beinhalten müssen. Wir können Fortschritt nicht weiter daran messen, in welcher Zeit es gelingt, Rohstoffe in Abfall zu verwandeln. Daß dies so nicht weitergehen kann, ist inzwischen sogar sinnlich wahrnehmbar. Wir werden deshalb zu einer möglichst umfassenden Stoffkreislaufwirtschaft kommen müssen. Es ist zu diskutieren, was das für die Arbeitsplätze bedeutet. Im Produktionssektor haben wir heute schon viele „Weiße-Kragen-Jobs“, während im Bereich Recycling/Wiederverwendung mehr oder weniger unterbezahlte und schmutzige Arbeitsplätze entstehen werden. Wie man hier zu verträglichen, qualitativen Arbeitsplätzen kommt, wäre ebenfalls ein Thema für Gewerkschaften.

Manfred Lemke (Klaus Novy Institut): Ich möchte unterstreichen, daß Umwelt und Arbeit durchaus verträglich nebeneinander stehen können. Wir erforschen in unserem Institut den Umweltmarkt, nicht den Bio-Laden, sondern das produzierende Gewerbe, und dort entstehen durchaus Arbeitsplätze, die wettbewerbsfähig sind. Wir haben bei unseren Untersuchungen festgestellt, daß die Phase der grundlegenden Produktentwicklung in diesem Markt abgeschlossen ist, und daß es hier demnächst zu deutlichen Preissenkungen, etwa bei ökologischen Dämmstoffen, kommen wird. Das Haupthemmnis, gegen mehr Arbeitsplatzeffekte als bisher ist nicht mehr der Preis, sondern der Umstand, daß durch die Umweltgesetzgebung zwar der Stand der Technik festgeschrieben wird, aber zu wenig Anreize geschaffen werden, um Innovationspotentiale freizusetzen.

Gert Nimz (Schleswig AG): Es war viel von Gewinnern und Verlierern die Rede. Es wird sicherlich Bereiche geben, wo man ökologisch wirtschaftend Arbeitsplätze schaffen kann. Aber generell ist das meistens teurer, und es wird viele Verlierer geben.

Deswegen haben viele keinen Mut, das anzufassen. Was ist die Konsequenz daraus? Wir müssen viel intensiver über unsere Wertmaßstäbe diskutieren als nur in einem Nebensatz.

Burchard Bösche (Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten): Herr von Röpenack vom BDI hat gesagt, daß wir uns über die Verlierer sehr sorgfältig unterhalten müssen, und ich denke, wir haben das bisher nicht getan. Wir müssen das aber tun, wenn wir im Rahmen eines gewerkschaftlichen Programmes über Umweltkonzepte nachdenken, weil eine Umweltdiskussion zwischen den Gewerkschaften immer auch unter dem Gesichtspunkt geführt wird, ob eine bestimmte Umweltregelung meiner Branche nutzt und ob sie möglicherweise anderen schadet. Wenn der DGB dann nur in die Lage versetzt wird, den kleinsten gemeinsamen Nenner aus diesen unterschiedlichen Positionen zu formulieren, droht das gesamte Umweltprogramm des DGB zum Schluß nichts anderes zu sein als heiße Luft, und das wäre ja schon wieder Energieverschwendung. Wir müssen also, wenn wir ein Programm für die Interessenvertretung abhängig beschäftigter Menschen formulieren, sehr genau, sehr im Detail darüber nachdenken, welche Konsequenzen bestimmte Umweltpolitiken für die verschiedenen Sektoren haben. Es nutzt überhaupt nichts, wenn die Arbeitsplatzbilanz unter dem Strich positiv ist, aber einzelne Gewerkschaften dabei nicht mitmachen können, weil die Interessen der von ihnen vertretenen Menschen nicht berücksichtigt sind. Und es nützt uns auch nichts, daß wir ein Umweltprogramm formulieren, das nur deswegen gelingt, weil die große Zahl der Betroffenen nicht begreift, was darin steht und welche Konsequenzen es für sie hat.

Ernst Schwanhold: Die Begriffe Verlierer und Gewinner sind zu sehr auf nationale, auf regionale Interessen und Branchen zugeschnitten. Ich verwende sie deshalb auch nicht. Ein Beitrag am Beginn unserer Debatte hat auf die internationale Verflechtung der Textilindustrie hingewiesen, und zwar von einer ganz anderen Seite, vom Gouvernanzprinzip her, das dadurch entsteht, daß wir unsere Öko-Standards auf andere Länder übertragen. Das beinhaltet aber, daß die Menschen in diesen Ländern bereit sein müßten, die Probleme, die wir ihnen durch unsere Nachfrage übertragen, zu akzeptieren. Erst kommt das Fressen und dann die Moral. Darauf läßt es sich reduzieren. Ist das verantwortungsvoller Umgang unsererseits mit der Not anderer?

Meine zweite Bemerkung: Wir betrachten alle das Mehr an Lebensqualität und vernünftiger Umwelt zu wenig als Gewinn aus einem Umstrukturierungsprozeß, der gewollt ist. Das muß zwangsläufig zu branchenspezifischen Problemen führen. Wir können nicht alles ändern wollen, aber wenn es uns selbst betrifft, nach dem Motto verfahren, es müsse alles so bleiben, wie es ist. Nein, wer eine ökologisch zukunftsfähige sozial gerechte und ökonomisch tragfähige Wirtschaftsform will, der muß in ganz bestimmten Bereichen einen gezielten Umstrukturierungsprozeß einleiten.